

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungen	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII

A. Grundlagen	1
I. Das Einzelunternehmen als »Zielgruppe« des ArbEG	2
II. Die Arbeitnehmererfindung im deutschen Rechtssystem	7
1. Die Funktion des ArbEG	7
2. Die Grundprinzipien des ArbEG	8
III. Die erfinderrechtlichen Beziehungen im Konzern	13
1. Ausgangspunkt des ArbEG	13
2. Das Arbeitsverhältnis im Konzern	15
a) Die Bestimmung des Arbeitgebers im Konzern	15
aa) Konzernarten	15
bb) Der Konzern als Arbeitgeber	19
aaa) Arbeitsrechtliche Bewertung	19
bbb) Erfinderrechtliche Bewertung	22
cc) Die arbeitsrechtliche Leitungsmacht als Kriterium einer Arbeitgeber-Eigenschaft	27
aaa) Das Begriffserfordernis der arbeitsrechtlichen Leitungsmacht	27
bbb) Folgerungen für Arbeitsverhältnisse im Konzern	29
dd) Stellvertretung durch das herrschende Unternehmen oder eine verbundene Personalgesellschaft	33
aaa) Grundsatz	33
bbb) Personalgesellschaft	35
ccc) Zwischenergebnis	35
b) Einzelne Konzerngesellschaften als Partner des Arbeitsvertrages	35
aa) Das Arbeitgeber-Unternehmen als Gläubiger der Arbeitsleistung	35
bb) Abdingbarkeit – Erstreckung der Pflicht zur Arbeitsleistung	36
aaa) Vorübergehender Arbeitseinsatz in einem anderen Konzernunternehmen	36
bbb) Endgültiger Arbeitseinsatz in einem anderen Konzernunternehmen/Versetzung	41
ccc) Abgrenzung	45
ddd) Erfinderrechtliche Beziehungen	46
cc) Arbeitnehmerüberlassung im Konzern	48
aaa) Das Konzernprivileg	49
bbb) Ausnahmen vom Konzernprivileg	52
ccc) Erfinderrechtliche Auswirkungen	53
c) Fallsituationen einer Rechtsnachfolge	54
aa) Betriebsübergang im Konzern	54
bb) Umwandlungen im Sinne des UmwG	57
cc) Erfinderrechtliche Auswirkungen	58

d)	Mehrpersonale Arbeitsverhältnisse	63
aa)	Einheitliches Arbeitsverhältnis mit mehreren Arbeitgebern. . .	63
aaa)	Begriff und Zulässigkeit	63
bbb)	Erfinderrechtliche Auswirkungen	65
bb)	Mehrere miteinander verbundene Arbeitsverhältnisse (Doppelarbeitsverhältnisse)	67
aaa)	Begriff	67
bbb)	Erfinderrechtliche Auswirkungen	68
cc)	Mittelbares Arbeitsverhältnis	70
3.	Societas Europaea (SE)	70
B.	Der Arbeitnehmer als Erfinder	74
I.	Der Begriff des Arbeitnehmers	74
II.	Besonderheiten bei nicht dem ArbEG unterliegenden Erfindern.	75
1.	Freie Mitarbeiter	75
2.	Arbeitnehmerähnliche Personen	79
3.	Pensionäre	80
4.	Organmitglieder.	82
C.	Besonderheiten bei Arbeitnehmer-Miterfindern aus mehreren Konzerngesellschaften und bei Gemeinschaftserfindungen	89
I.	Begriff der Miterfinderschaft.	89
II.	Doppelerfindungen	93
1.	Grundsatz der innerbetrieblichen Priorität	94
2.	Auswirkungen des Konzernverbundes	94
III.	Rechtsverhältnisse der Miterfinder untereinander	96
IV.	Rechtsverhältnisse der Konzernunternehmen nach Inanspruchnahme.	97
V.	Übersicht über die wesentlichen erfinderrechtlichen Auswirkungen	104
1.	Vergütungsfragen	104
a)	Bestimmung des Miterfinderanteils	106
b)	Berücksichtigung des Miterfinderanteils bei unternehmensübergreifender Miterfindergemeinschaft.	107
2.	Sonstige Rechte und Pflichten	109
a)	des Arbeitgebers	109
b)	des Arbeitnehmers.	112
D.	Die Zuordnung der Arbeitnehmererfindung im Konzern.	113
I.	Der Begriff der Dienstserfindung – Auswirkungen des Konzernverbundes . . .	114
1.	Schutzzfähigkeit	114
a)	Patent- und Gebrauchsmusterfähigkeit	114
b)	Konzernbezug	116
2.	Fertigstellung während des Arbeitsverhältnisses.	116
a)	Grundsätze	116
b)	Konzernbezug	118
3.	Aufgabenerfindung	118
a)	Obliegende Tätigkeit	119
b)	Konzernbezug	119

4.	Erfahrungserfindung	121
a)	Maßgebliches Beruhen auf Erfahrungen oder Arbeiten des Betriebes	121
b)	Konzernbezug	122
5.	Besonderheiten bei Doppelarbeitsverhältnissen im Konzern	123
II.	Die Meldung der Dienstserfindung	125
1.	Die Erfordernisse der Erfindungsmeldung.	127
2.	Auswirkungen des Konzernverbundes	134
a)	Der Adressat der Meldung im Konzernverbund	134
aa)	Der Arbeitgeber als Adressat	134
bb)	Die Vertretung des Arbeitgebers	135
b)	Zentralisierung des Patentwesens.	136
III.	Die Inanspruchnahme der Dienstserfindung	138
1.	Begriff und Bedeutung der Inanspruchnahme	138
a)	Ausdrückliche Inanspruchnahmeerklärung und Inanspruchnahme- fiktion	139
b)	Gegenstand der Inanspruchnahme.	141
c)	Die Wirkung der Inanspruchnahme.	141
2.	Die Inanspruchnahmeerklärung durch den Arbeitgeber	142
3.	Auswirkungen des Konzernverbundes	142
a)	Unübertragbarkeit des Inanspruchnahmerechts	142
b)	Die Vertretung des Arbeitgebers – Erklärung durch bevollmächtigte Konzernunternehmen.	143
c)	Konzernweite Patent-Politik.	144
4.	Die Freigabe einer Dienstserfindung (§ 6 Abs. 2, § 8 Satz 1 ArbEG).	145
a)	Wirkung einer Freigabe	145
b)	Konzernbezug	147
E.	Die Einräumung und Übertragung von Erfindungsrechten im Kon- zern	150
I.	Verfügungsbefugnis des Arbeitgebers und Wirkung der Rechtseinräumung/- übertragung	150
II.	Auswirkungen des Konzernverbundes	151
1.	Übertragung der Dienstserfindungsrechte.	152
a)	Gestaltungsformen	152
b)	Auswirkungen auf die erfinderrechtlichen Beziehungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien	155
aa)	Einfluss des Rechtsübergangs auf die Pflichten des Arbeitge- bers aus dem ArbEG	156
bb)	Mitspracherechte des Arbeitnehmererfinders	159
c)	Auswirkungen auf die Pflicht zur Schutzrechtsanmeldung im Inland	160
2.	Einräumung von Nutzungsrechten an andere Konzernunternehmen	162
a)	Gestaltungsformen	162
b)	Auswirkungen auf die erfinderrechtlichen Beziehungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien	166
F.	Die Anmeldung der Dienstserfindung zum Schutzrecht	168
I.	Die Schutzrechtsanmeldung im Inland	169

1.	Beauftragung einer zentralen Patentstelle innerhalb eines Konzerns	170
a)	Geheimhaltungspflicht des Arbeitgebers	170
b)	Unverzüglichkeit der Schutzrechtsanmeldung	171
2.	Wahl der Schutzrechtsart – Patent oder Gebrauchsmuster	172
a)	Einbeziehung von Konzernbelangen in den Beurteilungsmaßstab . .	172
b)	Wahlrecht zwischen Patent und Gebrauchsmuster im Konzern	173
3.	Anmeldung im Inland	174
4.	Schutzrechtsanmeldung auf den Namen des Arbeitgebers	175
5.	Die Behandlung der Dienstleistung als Betriebsgeheimnis	177
a)	Befreiung von der Anmeldepflicht	177
b)	Berechtigte Betriebsbelange – Konzernbezug	178
c)	Anerkennung der Schutzfähigkeit	180
d)	Erfindungswert bei betriebsgeheimen Erfindungen (RL Nr. 27)	181
II.	Die Schutzrechtsanmeldung im Ausland	181
1.	Die Inanspruchnahme als Voraussetzung	181
2.	Anmelderechte des Arbeitgebers	182
3.	Die Auslandsfreigabe durch den Arbeitgeber	183
a)	Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Freigabe zur Schutzrechtsanmeldung	183
aa)	Rechtsnatur – Auswirkungen der vorherigen Rechtsübertragung im Konzern	183
bb)	Schutzrechtsfreie Zone	186
b)	Die Freigabeerklärung	188
c)	Vorbehalt eines Benutzungsrechts	189
aa)	Rechtsnatur und Wirkung des Benutzungsrechts	189
bb)	Inhalt des Benutzungsrechts und Auswirkungen im Konzernverbund	190
d)	Verlangen der Rücksichtnahme auf Auslandsverträge	190
III.	Informations- und Unterstützungspflichten im Zusammenhang mit Schutzrechtsanmeldungen	192
1.	Informationspflicht des Arbeitgebers – Besonderheiten im Konzern	192
a)	Inhalt der Informationspflicht	192
b)	Informationspflicht bei Rechtsübertragung im Konzern	193
2.	Unterstützungspflicht des Arbeitnehmers – Besonderheiten im Konzern .	194
a)	Inhalt der Unterstützungspflicht	194
b)	Unterstützungspflicht bei Rechtsübertragung im Konzern	194
aa)	aufgrund des § 15 Abs. 2 ArbEG	195
bb)	aufgrund des Direktionsrechts	196
cc)	aufgrund der Pflicht zur Rücksichtnahme bzw. aus Treu und Glauben	196
dd)	aufgrund von Anmeldeerfordernissen der jeweiligen Schutzrechtsordnung	197
IV.	Die Aufgabe der Schutzrechtsanmeldung oder des Schutzrechts (§ 16 ArbEG) .	198
1.	Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Übertragung der Schutzrechtsposition	198
2.	Vorbehalt eines Benutzungsrechts	199
G.	Die Vergütung von Dienstleistungen im Konzernverbund	201
I.	Die Grundsätze der Vergütung	202

1.	Übersicht zum Vergütungssystem des ArbEG.	203
2.	Entstehung und Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	206
	a) Vergütung für Nutzungen vor Inanspruchnahme.	206
	b) Fälligkeit.	208
	c) Dauer der Vergütungspflicht/Verjährung/Verwirkung	212
II.	Der Schuldner des Vergütungsanspruchs	214
1.	Arbeitgeber als Schuldner.	214
2.	Auswirkungen des Konzernverbundes auf die Schuldnerposition	215
	a) bei konzernweiter Nutzung der Dienstleistung	215
	b) bei einheitlichem Arbeitsverhältnis zu mehreren Konzernunternehmen	216
	c) bei Bewertung des Konzerns als wirtschaftliche Einheit.	217
III.	Die Vergütungsbemessung bei Inanspruchnahme der Erfindung nach den Amtlichen Vergütungsrichtlinien	217
1.	Die Vergütungsbemessung	218
2.	Der Erfindungswert	218
3.	Der Anteilsfaktor	219
4.	Der Miterfinderanteil	221
IV.	Die Vergütungsbemessung bei Eigennutzung der in Anspruch genommenen Dienstleistung durch den Arbeitgeber/Vergütung für nicht benutzte Erfindungen	223
1.	Ermittlung des Erfindungswertes bei benutzten Erfindungen	225
	a) Ermittlung des Erfindungswertes nach der Lizenzanalogie	225
	aa) Vorrang der Lizenzanalogie als Berechnungsmethode	225
	bb) Bestimmung des Lizenzsatzes.	226
	cc) Abstufung des Lizenzsatzes	229
	dd) Rechnerische Bezugsgröße.	232
	aaa) Tatsächlicher Umsatz	232
	bbb) Hochrechnung auf fiktiven Umsatz.	232
	ccc) Erfindungswert bei Konzernnutzung.	234
	ddd) Erfindungsgemäßer Umsatz bei konzernbezogenen Verrechnungspreisen	234
	eee) Abstellen auf Konzernumsätze bei Aufteilung zwischen Herstellung und Vertrieb	238
	ee) Technisch-wirtschaftliche Bezugsgröße	240
	b) Ermittlung des Erfindungswertes nach dem erfassbaren betrieblichen Nutzen.	243
	c) Schätzung des Erfindungswertes und sonstige Methoden.	245
2.	Ermittlung des Erfindungswertes bei nicht benutzten Erfindungen (RL Nrn. 20–24)	246
V.	Die Vergütungsbemessung bei Rechtsübertragung und Einräumung von Nutzungsrechten an andere Konzernunternehmen	247
1.	Vergütungsbemessung bei Rechtsübertragung im Konzern.	248
	a) Verkauf der Erfindungsrechte zum Marktpreis	249
	aa) Die Ermittlung des Erfindungswertes (RL Nr. 16 Abs. 1)	249
	bb) Mitverkauf von Know-how (RL Nr. 16 Abs. 2) und sonstigen (Schutzrechts-) Positionen	250
	b) Übertragung der Erfindungsrechte unter Wert/unentgeltlich.	250
	aa) Übertragung mit (zu geringer) Gegenleistung.	252

bb)	Übertragung ohne Gegenleistung	254
cc)	Wirtschaftliche Einheit des Konzerns	257
dd)	Einbringung in einen Patent-(Schutzrechts-)pool	258
ee)	Vergütungsrechtliche Behandlung von Rücklizenzen	260
2.	Vergütungsbemessung bei Lizenzvergaben im Konzern	262
a)	Lizenzvergabe zu marktüblichen Konditionen	262
aa)	Die Ermittlung des Erfindungswertes nach RL Nrn. 14, 15. .	262
aaa)	Die Bruttolizenzentnahme des Arbeitgebers als Berechnungsgrundlage	263
bbb)	Konkrete Berechnung der Nettolizenzentnahme nach RL Nr. 14	264
ccc)	Pauschale Berechnung des Erfindungswertes nach RL Nr. 15.	265
bb)	Mit-Lizenzierung von Know-how	266
b)	Lizenzvergabe im Konzern unter Wert/unentgeltlich	267
aa)	Lizenzierung mit Gegenleistung	267
bb)	Lizenzierung ohne Gegenleistung	269
c)	Austauschvertrag	273
3.	Einfluss des Konzernverbundes auf die Vergütung wegen bloßer Verwertbarkeit	274
VI.	Die Wirksamkeit von Vergütungsregelungen unter konzernrelevanten Aspekten	276
1.	Unbilligkeit einer Vergütungsregelung (§ 23 ArbEG)	277
a)	Voraussetzungen	277
b)	Geltendmachung und Ausschlussfrist	279
2.	Vergütungsanpassung wegen veränderter Umstände (§ 12 Abs. 6 ArbEG)	279
VII.	Die Auskunft- und Rechnungslegungspflichten im Konzern	280
1.	Rechtsnatur als Hilfsanspruch	281
2.	Schuldner des Anspruchs	282
3.	Inhalt des Anspruchs	283
a)	Allgemeine Grundsätze zu Inhalt und Umfang	283
b)	Inhalt und Umfang bei Konzernnutzung	286
c)	Einsichtsrecht des Arbeitnehmers	288
VIII.	Zulässigkeit unternehmens-/konzernerneigener Richtlinien	289
1.	Zulässigkeit	290
2.	Inhalt	293

H. Auswirkungen des Konzernverbundes auf die sonstigen Pflichten der Arbeitsvertragsparteien

I.	Geheimhaltungspflichten	294
1.	Geheimhaltungspflicht des Arbeitgebers	294
2.	Geheimhaltungspflicht des Arbeitnehmers	296
3.	Geheimhaltungspflicht sonstiger Personen des Konzernverbundes	297
II.	Auswirkungen des Konzernverbundes auf die wechselseitigen Nebenpflichten der Arbeitsvertragsparteien	297
1.	Schutzpflicht des Arbeitgebers	298
2.	Rücksichtnahmepflicht des Arbeitnehmers	300

I.	Die Behandlung freier Arbeitnehmererfindungen im Konzern	302
I.	Die Mitteilungspflicht des Arbeitnehmers (§ 18 ArbEG)	302
1.	Grundsätze	303
2.	Entfallen der Pflicht bei offensichtlicher Nichtverwertbarkeit – Einfluss der Konzernbindung des Arbeitgebers	303
II.	Die Anbietungspflicht des Arbeitnehmers (§ 19 ArbEG)	304
1.	Grundsätze	304
2.	Einfluss der Konzernbindung des Arbeitgebers	305
J.	Der Einfluss der Konzernbindung auf erfinderrechtliche Streitfälle.	307
I.	Schiedsstellenverfahren (§§ 28 ff. ArbEG)	307
II.	Klageverfahren (§§ 37 ff. ArbEG)	309
K.	Multinationale Konzerne und Internationales Privatrecht der Arbeitnehmererfindung	310
I.	Gestaltungsmöglichkeiten für den Auslandseinsatz von Arbeitnehmern	310
1.	Entsendung	312
2.	Versetzung	314
3.	Arbeitnehmerüberlassung	315
4.	Besonderheiten bei Internet- und Telearbeitsplätzen	315
II.	Kollisionsrechtliche Probleme des Arbeitnehmererfindungsrechts	317
1.	Sonderregelung des Art. 60 EPÜ	318
a)	Umfang der Verweisung	319
aa)	Auslegung als Sachnormverweisung	319
bb)	Auslegung als Gesamtnormverweisung	321
b)	Recht auf das Patent	323
2.	Position des Arbeitnehmererfindungsrechts innerhalb des Internationalen Privatrechts	323
a)	Anknüpfung anhand des Territorialitätsprinzips oder des Arbeitsver- tragsstatuts	323
b)	Einschränkungen des Arbeitsvertragsstatuts	327
c)	Rechtswahl bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages	328
aa)	Grundsatz der freien Rechtswahl, Art. 3 Rom I-VO	328
bb)	Grenzen der freien Rechtswahl	330
aaa)	Kein Abweichen von zwingenden Schutzbestimmun- gen zuungunsten des Arbeitnehmers (Art. 8 Abs. 1 Satz 2 Rom I-VO)	331
bbb)	Vorschriften des ArbEG als zwingende Bestimmungen	334
ccc)	Die Arbeitnehmererfindung im ausländischen Recht	336
d)	Rechtliche Situation bei Fehlen einer Rechtswahl	337
L.	Zusammenfassende Würdigung	340
	Entscheidungsregister	347
	Stichwortverzeichnis	357